

## Wahlprüfsteine des Bund Naturschutz zur Bundestagswahl 2025

### Antworten der Kandidaten

#### Wahlprüfsteine

**Frage 1: B12 Ausbau:** Der Bund Naturschutz fordert, die aktuelle Planung des B12 Ausbaus mit 28m Querschnitt zu überarbeiten und flächensparender zu planen? Sind Sie damit einverstanden?

**Stephan Stracke, CSU:** Der vierstreifige Ausbau der B12 ist für das Allgäu die wichtigste infrastrukturelle Maßnahme im Bundesfernstraßenbau und für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region von großer Bedeutung. Zentrales Ziel des Ausbaus ist es, die Verkehrssicherheit durch den vierstreifigen Ausbau deutlich zu verbessern. Ich will mich nicht damit abfinden, dass es auf der gesamten Strecke zu so vielen Unfällen mit Toten und Schwerverletzten kommt. Daher habe ich mich als Bundestagsabgeordneter erfolgreich dafür eingesetzt, dass der vierstreifige Ausbau der B12 im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf verankert ist. Der vierstreifige Ausbau ist notwendig. Dazu stehe ich. Derzeit werden die einzelnen Bauabschnitte geplant. Dabei haben die Baulastträger die zum Zeitpunkt der Realisierung geltenden rechtlichen Vorgaben sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten. Das aktuelle Regelwerk sieht für die B12 den Ausbauquerschnitt RQ 28 vor. Das Bundesverkehrsministerium ist bislang nicht bereit, hiervon abzuweichen. Der bereits planfestgestellte Bauabschnitt zwischen Buchloe und Untergermaringen ist aktuell beklagt. Dabei spielt auch der Ausbauquerschnitt eine Rolle. Der Ausgang des Gerichtsverfahrens bleibt zunächst abzuwarten.

**Regina Renner, SPD:** Ich stimme zu, denn ich bin gegen die überdimensionierten Ausbaupläne der B12 und trete für eine flächensparendere Lösung ein. Die derzeitige Planung muss dringend überarbeitet werden.

**Maria Wißmiller, Grüne:** In Zeiten der Klimaerhitzung und der Biodiversitätskrise sowie für die Klimaanpassung benötigen wir intakte Naturflächen und auch landwirtschaftliche Flächen für die Lebensmittelversorgung. Daher stehe ich hinter dieser Forderung.

**Marcus Prost, FDP:** Die FDP Ostallgäu ist in diesem Punkt etwas gespalten. Einig sind wir darin, dass ein durchgehend vierspuriger Ausbau dringend erforderlich ist. Dreispurige Bundesstraßen bei denen die dritte mal für die eine, mal für die andere Fahrtrichtung als Überholmöglichkeit zur Verfügung steht, sind ein Sicherheitsrisiko. Ob wir einen Vollausbau mit getrennten Fahrstreifen brauchen, da scheiden sich die Geister. Unser ehemaliger stellvertretender Kreisvorsitzender, der selbst Landwirt ist, hat sich für eine schlanke Ausbauvariante ausgesprochen, vierspurig, aber ohne

Kreisgruppe Ostallgäu

Ludwigstr. 39

87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

den Vollausbau, wie es das Staatliche Bauamt plant. Ich persönlich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, dass in Planungsphasen von Autobahnen und Bundesstraßen viele Menschen gegen einen Neubau, einen Ausbau oder eine Verlängerung sind. Wenn die Straße aber einmal fertig ist und man sich an den besseren Verkehrsfluss und vielleicht auch an die Zeitersparnis gewohnt war, will kaum einer mehr die alte Situation zurückhaben. Ich bin sicher, dass viele Auto- und Motorradfahrer, das Fahren auf der derzeitigen B12 im Vergleich zu anderen Bundesstraßen nervig, langsam und anstrengend empfinden und nichts gegen eine komfortable autobahnähnliche Straße hätten. Viele Menschen müssen beruflich oder zur Ausbildung zwischen dem Ostallgäu Kempten pendeln und würden den Ausbau als enorme Entlastung empfinden, besonders wenn man die Strecke täglich fahren muss. Ich habe Verständnis für die Argumentation mancher Pendler, ich gehöre auch zu den Menschen, die täglich 85 Kilometer Autofahrt bewältigen müssen. Andererseits verstehe ich auch, wenn manchen Menschen der Flächenverbrauch sehr groß erscheint und sie den Ausbau der B12 ablehnen.

**Ralf Lehnhard, Die Linke:** Auf jeden Fall.

**Susen Knabner, FW:** Der Ausbau der B12 ist ein besonders wichtiges Verkehrsprojekt für unsere Region. Für die Sicherheit der Autofahrer und unsere Wirtschaft ist der Ausbau über die 3 Fahrspuren hinaus zwingend notwendig. Der Planungsstand ist bereits weit fortgeschritten. Die Richtlinien für den Ausbau von Straßen sind 2008 grundsätzlich geändert worden. Bei hochfrequentierten Landstraßen wie der B12 verweist die anzuwendende Richtlinie zur Anlage von Landstraßen auf die Richtlinie zur Anlage von Autobahnen. Der aktuell geplante Querschnitt RQ 28 entspricht Entwurfsklasse 2, die die autobahnähnlichen Straßen regelt. Daher stellt sich für mich nicht die Frage, ob man vorliegend einen kleineren Querschnitt planen könnte. Die aktuellen Planungen entsprechen hinsichtlich des Querschnitts den aktuellen gesetzlichen Vorgaben. Eine Abweichung würde voraussetzen, dass die gesamte Richtlinie geändert wird. Dieses Erfordernis sehe ich für die B12 nicht.

**ÖDP:** Damit wäre ich nicht nur einverstanden, sondern würde dies unterstützen. Die Ödp hat sich seit ihrer Gründung gegen eine zunehmende Verbauung und einen stärkeren ÖPNV als Alternative zum Individualverkehr eingesetzt.

## Kreisgruppe Ostallgäu

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845  
ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL

**Frage 2: Erhalt vor Neubau:** Das deutsche Fernstraßennetz ist bereits heute eines der dichtesten weltweit. Gleichzeitig ist es alt und marode. Daher fordert der BN, dass die Bundesverkehrswegeplanung Erhalt und Sanierung vor Aus- und Neubau stellen muss. Sehen Sie das ebenso?

**CSU:** Kernanliegen des Bundesverkehrswegeplans 2030 sind der Erhalt der Bestandsnetze und die Beseitigung von Engpässen auf Hauptachsen und in wichtigen Verkehrsknoten. An dieser Grundausrichtung hat auch die Ampel-Regierung nichts verändert. Vom Gesamtvolumen des Plans von rund 270 Mrd. Euro fließen allein bis 2030 rund 141,6 Mrd. Euro in den Erhalt der Bestandsnetze. Für Aus- und Neubauprojekte sind rund 98,3 Mrd. Euro vorgesehen. Für den Erhalt und Ersatz wird ein Rekordanteil von 69% veranschlagt im Vergleich zu 56% beim Bundesverkehrswegeplan 2003. Erhalt und Ersatz haben damit bereits verkehrsträgerübergreifend eine klare Priorität gegenüber dem Aus- und Neubau. Diese klare Priorität halte ich für richtig.

**SPD:** Ich stimme der Forderung zu. Wir haben in Deutschland ein breit ausgebautes Straßennetz, weshalb der Neubau für mich keine Priorität hat, sondern der Erhalt und die Sanierung des bisherigen Straßennetzes. Dringend notwendig ist der Ausbau des Bahnnetzes.

**Grüne:** Sanierungsbedürftige Straßen müssen saniert werden und wir müssen deutlich mehr in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs investieren.

**FDP:** Im Prinzip ja. Für komplette Neubaustrecken gibt es in Deutschland nahezu keinen Bedarf mehr. Nach der Wiedervereinigung wurden die Defizite im Osten unseres Landes weitgehend ausgeglichen, im Westen hatten wir bereits 1990 eine sehr gute Infrastruktur. An manchen Stellen brauchen wir mehr Fahrspuren um Stau oder dauerhaft zähfließenden Verkehr zu vermeiden, aber komplett neue Straßen brauchen wir eher nicht. Erhalt und Sanierung sind wichtige Themen, besonders im Bereich der Brücken. Hier sind viele Nachkriegsbauwerke dringend sanierungsbedürftig. Bei Sanierungen und Ausbau sollte man auf schnelle Flickschusterei verzichten. Wir brauchen Verkehrswege mit langer Lebensdauer, die auch wachsenden Verkehr standhalten können, Lastwagen werden immer schwerer, Stichwort "Gigaliner". Unsere Fernstraßen müssen die neue LKW-Generation verkraften können. Ein solcher LKW belastet die Straße ungleich mehr als hunderte PKWs. Gigaliner sind auf den Fernstraßen künftig nicht mehr wegzudenken. In Zeiten des Fahrermangels werden sie gebraucht und für hohe Gewichte müssen unsere Straßen ohnehin ertüchtigt werden, allein schon aus Verteidigungsgründen. In Zeiten militärischer Herausforderungen ist es leider auch wieder nötig geworden Straßen nicht nur für zivilen Verkehr zu planen, sondern auch für Bewegungen von NATO-Militärfahrzeugen.

**Linke:** Ja

## Kreisgruppe Ostallgäu

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

# PRESSEMITTEILUNG



**FW:** Bei einem weltweiten Vergleich des Fernstraßennetzes ist zu berücksichtigen, dass wir ein Industrieland sind, das flächenmäßig vergleichsweise klein ist. Ich stimme mit Ihnen überein, dass der Erhalt und die Sanierung des Fernstraßennetzes dringend notwendig ist. Dies gilt aber auch insbesondere für Bundesschienenwege und nicht zuletzt die Bundeswasserstraßen. Bereits jetzt fließt nach dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan mehr als die Hälfte der Investitionen in Erhalt und Sanierung. Aus meiner Sicht ist für jedes einzelne Projekt zu prüfen, wie dies tatsächlich auch vorgesehen ist, ob das Projekt notwendig und vordringlich ist.

**ÖDP:** Ja, sehe ich ebenso.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

**Frage 3: Mobilität:** Unterstützen Sie die Forderung, die Einnahmen aus der LKW-Maut vollständig für die Modernisierung der Deutschen Bahn zur Verfügung zu stellen?

**CSU:** Die Lkw-Maut ist ein wichtiger Schritt weg von der Steuer- und hin zur Nutzerfinanzierung unserer Bundesverkehrsnetze und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Die Lkw-Maut wird dabei bereits in großem Umfang für die Bundesschienenwege verwendet. Als CSU wollen wir die Deutsche Bahn zukunftsfähig aufstellen. Dazu verschlanken wir das Unternehmen und stellen es neu auf. Der Infrastruktur- und Transportbereich sollen stärker als bisher voneinander getrennt werden. Instandhaltung, Ausbau und Modernisierung muss der Bund solide finanzieren, unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln.

**SPD:** Die komplette Bahninfrastruktur muss dringend erneuert und ausgebaut werden. Als Bahn-(Berufs)pendlerin erlebe ich seit Jahrzehnten die politischen Versäumnisse bzw. die Bevorzugung der Straße vor der Schiene. Einnahmen aus der LKW-Maut können eine Finanzierungsmöglichkeit sein.

**Grüne:** Die Deutsche Bahn muss modernisiert werden und dafür sollte auch ein hoher Anteil aus der LKW-Maut verwendet werden. Denn mit dem Ausbau von Bus und Bahn leisten wir einen großen Beitrag zum Klimaschutz, und wir ermöglichen günstigere Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger allen Alters, egal ob sie einen Führerschein haben oder nicht.

**FDP:** Es gibt massiven Mangel an LKW-Stellplätzen entlang der Autobahnen, gerade auch in grenznahen Regionen. Viele LKW-Fahrer befürchten gegen Lenkzeitregelungen zu verstoßen, wenn sie nicht rechtzeitig einen geeigneten Parkplatz finden. Hier wurde der Ausbau der Parkplatzinfrastruktur für LKW-Fahrer über Jahrzehnte verschlafen. Da kann es nicht sein, dass Deutschland auf der einen Seite sehr viel Geld durch die LKW-Maut kassiert, aber seine Hausaufgaben bei der Infrastruktur für den LKW-Verkehr nicht macht. Ich habe kein Problem damit, wenn die Einnahmen aus der LKW-Maut künftig auch in den Ausbau des Schienengüterverkehrs investiert werden, aber man muss sicherstellen, dass Deutschland über ausreichende Straßengüterinfrastruktur verfügt. Wie wollen Sie sonst den Spediteuren und deren Fahrern erklären, dass wir hohe Maut-Gebühren kassieren aber keine entsprechende Infrastruktur bereitstellen?

**Linke:** Dies und noch mehr.

**FW:** Die Einnahmen aus der LKW-Maut werden aktuell nach Abzug der Erhebungskosten zur Hälfte für die Sanierung des Fernstraßennetzes und zur anderen Hälfte für Maßnahmen für die Mobilität und dabei ganz überwiegend für die Sanierung des Schienennetzes verwendet. Wie die Deutsche Bahn erst in den letzten Tagen mitteilte, begründet sie die bestehenden Verspätungen und damit einen wesentlichen

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39

87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

Teil der Unattraktivität des Bahnfahrens mit dem veralteten Schienennetz. Die Verschiebung der Investitionen aus der LKW-Maut von den Fernstraßen hin zum Schienennetz führt aber nur zu einer Umverteilung. Für beides müssen noch Steuergelder hergenommen werden. Statt die Töpfe zu wechseln und zu verschieben, wäre aus meiner Sicht wesentlich wichtiger, die Sanierungskosten durch Vereinfachung von Planung und Verwaltung maßgeblich herabzusetzen. Dieses Geld könnte wesentlich besser in die Sanierung investiert werden.

**ÖDP:** Im Prinzip ja. Eine Modernisierung der Deutschen Bahn ist sinnvoll und notwendig. Allerdings halte ich nicht viel davon bestimmte Einnahmen auf der einen Seite, bestimmen Ausgaben auf der anderen Seite gegenüberzustellen. Soll heißen, mehr Geld für die Modernisierung der Deutschen Bahn bereitzustellen halte ich für sinnvoll, woher das Geld kommt, muss dann bei der Erstellung des Haushaltsplans entschieden werden.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL

**Frage 4: Flächenfraß:** Der BN fordert bis 2030 das Flächenverbrauchsziel Netto Null einzuführen. Neue Versiegelung soll dann nur noch stattfinden dürfen, wenn anderswo entsiegelt wird. Unterstützen Sie diese Forderung?

**CSU:** Bezahlbares Bauen und Wohnen ist die neue Soziale Frage unserer Zeit. Das Angebot am Wohnungsmarkt hält mit der gestiegenen Nachfrage gerade in den Metropolregionen und Wachstumsregionen nicht mehr mit. Wir brauchen daher mehr neue Häuser und Wohnungen, schneller und günstiger. Notwendig ist daher ein Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden. An dem Grundsatz „Innen vor Außen“ halten wir fest. Die Ambivalenz des Flächenverbrauchs zeigt folgendes Beispiel: 12,3 Prozent der gesamten bayerischen Bodenfläche fallen auf Siedlungs- und Verkehrsflächen (SVF). Fast genau ein Drittel der neu hinzugekommenen SVF in Bayern im Jahr 2023 entfiel mit 1.500 ha auf Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die zur Industrie- und Gewerbefläche und damit zur SVF zählen.

**SPD:** Ich stimme der Forderung grundsätzlich zu. Die Versiegelung unbebauter Flächen darf in diesem Stile nicht weitergeführt werden. Grundsätzlich unterstütze ich die Forderung nach Netto Null, wobei über Ausnahmen zum Radwegebau und Bau von Mehrparteienhäusern in Ballungszentren reflektiert werden sollte.

**Grüne:** Wir müssen den Flächenverbrauch sehr deutlich reduzieren.

**FDP:** Grundsätzlich finde ich es gut, wenn man den Flächenverbrauch reduzieren möchte. Es gibt zahlreiche Industrieruinen, Brachen in Gewerbegebieten, alten Hallen oder Betonflächen, die keine Aufgabe mehr haben und die niemand mehr braucht. Es macht Sinn zu überlegen, für jede Neuversiegelung eine Ausgleichsmaßnahme einzufordern und an anderer Stelle zu entsiegeln. Ob man jedoch eine 1zu1-Regelung durchsetzen kann und ob es für die steigenden Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft genug Ausgleichsflächen gibt, ist schwer zu beurteilen. Die Frage ist, ob es in Deutschland genug zu entsiegelnde Flächen gibt. Wenn man sich bei der Entsiegelung auf Deutschland beschränkt, besteht die Gefahr, dass die Kosten aus dem Ruder laufen und sich die Eigentümer der Alt-Flächen die Entsiegelung sündhaft teuer bezahlen lassen. In anderen Ländern gibt es riesige verfallene alte Gewerbeareale, stillgelegte Flughäfen und ganze Geisterstädte. Hier wäre eine Entsiegelung günstiger in größerem Maßstab möglich. Welche Regelung auch immer gefunden wird: Bei allem Verständnis für Kampf gegen Flächenfraß: Bauen, ob privat oder gewerblich darf nicht unbezahlbar werden. Angesichts der derzeit schwächelnden Wirtschaft müssen wir aufpassen, diese nicht noch weiter zu gängeln. Ich betone aber bei aller Skepsis noch einmal: Auch ich begrüße Engagement gegen Flächenfraß.

**Linke:** Selbstverständlich.

## Kreisgruppe Ostallgäu

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845  
ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL

**FW:** Nein. Beim Flächenverbrauch muss man berücksichtigen, dass als Flächenverbrauch nicht nur zählt, welche Fläche tatsächlich bebaut wird, sondern welche geplant ist. Bereits aktuell gibt es die Neigung dazu, Planungen auf der grünen Wiese vorsorglich vorzunehmen, um bei Bedarf schneller reagieren zu können und weiteren Regulierungen vorzubeugen. Dies würde bei einer Befristung des Flächenverbrauchs noch einmal stark zunehmen und damit das Ziel des Flächensparens konterkarieren. Statt auf Verbote müssen wir auf Anreize setzen. So fordere ich seit Jahren, dass man insbesondere die innerörtliche Nutzung von Brachflächen und auch landwirtschaftlichen Leerstand fördern muss. Aktuell müssen Landwirte, die innerorts ein nicht mehr landwirtschaftlich genutztes Anwesen haben, dieses erst über die Entnahme vollständig der Einkommensteuer und sogar der Sozialversicherung unterwerfen. Das ist unattraktiv, weil dann ein wesentlicher Teil des Kaufpreises direkt abgeführt werden muss. Ich würde den Verkauf von solchen Flächen an die Gemeinden von der Steuer- und der Sozialversicherungspflicht befreien. Damit könnten Schandflecken in den Ortskernen unserer Dörfer beseitigt und Flächenverbrauch verringert werden. Die Flächen sind auch schon vollerschlossen. Die Gemeinden könnten entweder selbst oder durch Auflagen an einen Erwerber für die örtlich gewünschte Nutzung, am besten wohnen in der Mitte des Dorfes, sorgen.

**ÖDP:** Das Flächenverbrauchsziel Netto-Null halte ich für erstrebenswert und natürlich muss der aktuelle Netto-Flächenverbrauch erheblich verringert werden. Dies aber so absolut zu fordern, ohne jegliche Möglichkeit zumindest minimal davon abzuweichen halte ich für problematisch, wenn ich mir z. B. vorstelle, dass ein dringend benötigtes Krankenhaus nicht gebaut werden kann, weil keine Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen.

## Kreisgruppe Ostallgäu

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845  
ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL

**Frage 5: Klimaschutz:** Klimaschutz ist eine gewaltige Aufgabe, die große finanzielle Investitionen erfordert. Klimaschutz muss aber auch für alle Menschen erreichbar sein, unabhängig vom Geldbeutel. Der BN fordert den Abbau von ungerechten Steuerprivilegien, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Reform der Schuldenbremse, damit mehr finanzielle Handlungsspielräume für Wirtschaft und Privatpersonen eröffnet werden. Stimmen Sie dem zu?

**CSU:** Wir wollen als CSU alle Energie-Kapazitäten ans Netz bringen, die klimafreundlich und systemdienlich sind, angefangen bei einem zielgerichteten weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir nutzen dabei die Erneuerbaren konsequent, und zwar alle: Windenergie an Land und auf See, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft, Bioenergie und den nachwachsenden Rohstoff Holz. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung bauen wir zum Leitinstrument aus, um das Klima bestmöglich zu schützen. Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung müssen, wie versprochen, vollständig an Bürger und Unternehmen zur Entlastung zurückgegeben werden. Wir wollen die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum senken und die Netzentgelte mindestens halbieren. Für uns ist klar: Energie muss bezahlbar, sicher und sauber sein. Alle Kostentreiber müssen dabei auf den Prüfstand. Wir wollen die Verfahren beschleunigen und auf Energieeffizienz mehr als bisher achten. Finanzielle Verschiebepahnhöfe und neue Belastungen wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder eine Reform der Schuldenbremse, um die Verschuldung des Bundes zulasten der jungen Generation erhöhen zu können, lehnen wir ab.

**SPD:** Ich stimme den Forderungen zu. Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen gerade Menschen mit geringeren Einkommen auf keinen Fall überproportional belasten. Zugleich wissen wir, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen sozial ungleich verteilt sind. Insofern stimme ich der Forderung nach Abbau ungerechter Steuerprivilegien, wie dem Dienstwagenprivileg in der aktuellen klimaschädlichen Form zu. Generell setze ich mich dafür ein, dass starke Schultern mehr Verantwortung in unserer Gesellschaft tragen, weshalb die Einführung einer Vermögenssteuer eine zentrale Forderung für mich darstellt. Die Schuldenbremse gehört reformiert, sie darf notwendige Investitionen in unsere Zukunft nicht verhindern.

**Grüne:** Es gibt vielfältige Möglichkeiten, den Klimaschutz und Maßnahmen für die biologische Vielfalt sowie den Naturschutz zu finanzieren. Definitiv ist es wichtig, dass wir die Schuldenbremse reformieren, und dafür will ich mich einsetzen.

**FDP:** Nein. Die Erfahrung zeigt, dass zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume durch Schulden in der Regel ausgereizt werden. Schulden bedeuten aber nichts anderes, als dass die Handlungsspielräume der kommenden Generationen beschnitten werden. Die Politik neigt dazu, zur Verfügung stehendes Geld für konsumtive Maßnahmen auszugeben, worunter ich auch weitere Sozialmaßnahmen rechne. Das Geld ist dann schnell ausgegeben und dann weg. Man findet immer viele Gründe warum der Staat zusätzliche Schulden machen sollte: die Finanzkrise, die Flüchtlingskrise,

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL

Corona, die "Zeitenwende", Klimaschutz..... hören wir auf uns was vorzumachen: Geld ist begrenzt und Schulden sind eine gefährliche Droge. Wir sehen es am Beispiel Frankreich, wo die hohe Staatsverschuldung dieses Land bereits lähmt. Vermögenssteuer und weitere Umverteilungsmaßnahmen würden nur den Wirtschaftsstandort Deutschland belastet und deutlich mehr Nachteile als Vorteile bringen. Es ist ein Segen das Deutschland keine Vermögenssteuer mehr erhebt.

**Linke:** Ja, insbesondere die Reform der Schuldenbremse // Auflösung des Innovationsdefizits.

**FW:** Die Forderung ist zu pauschal, um zu entscheiden, ob ich dem zustimme oder nicht. Der Wiedereinführung einer Vermögensteuer stimme ich nicht zu. Das Vermögen ist bereits beim Erwerb versteuert worden. Gleichzeitig gibt es bereits in einigen Bereichen eine Art Vermögensteuer, zum Beispiel bei der Grundsteuer, Erbschaftsteuer oder Kfz-Steuer. Zudem bin ich grundsätzlich dagegen, Steuern einzunehmen, um sie dann im Gießkannenprinzip wieder zu verteilen. Eine solche Verteilung ist meist sehr kostenintensiv und erreicht den beabsichtigten Zweck nicht. Ich bin auch gegen die Reform der Schuldenbremse im Sinne einer Aufhebung oder Lockerung. Wir können den nächsten Generationen nicht noch mehr aufbürden. Wir haben das höchste Steueraufkommen seit allen Zeiten. Wie in jedem Haushalt oder Unternehmen auch, müssen wir Prioritäten setzen und auch mal unbequeme Entscheidungen treffen. Es wird uns dabei auch nicht erspart bleiben, über unsere Standards nachzudenken. Wir leben aktuell offenbar über unseren Verhältnissen.

**ÖDP:** Ja, dem stimme ich zu.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL

**Frage 6: Ökolandbau:** Der BN fordert, den Ökolandbau bis 2030 auf 30% der Produktionsfläche auszudehnen und die Vermarktungsmöglichkeiten entsprechend zu stärken. Unterstützen Sie diese Forderung?

**CSU:** Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen für gute und gesunde heimische Lebensmittel und erhalten unsere Kulturlandschaft, die wir gerade im Allgäu sehr schätzen. Konventionelle Landwirtschaft und Ökolandbau sind uns gleich wichtig. Wir setzen auf Anreize, Vertragsnaturschutz, die Honorierung von Natur- und Umweltschutz sowie Innovationen.

**SPD:** Ich stimme der Forderung zu. Der Umbau auf Ökolandbau bedarf stärkerer Förderung. Die Förderungen für die Landwirtschaft setzen hier bisher den falschen Fokus. Der Ausbau des Anteils auf 30% Ökolandbau bis 2030 ist ein gut erreichbares Ziel, wenn es politisch gewollt wird.

**Grüne:** Für den Erhalt der Biodiversität ist der Ökolandbau wichtig. Daher unterstütze ich die Forderung nach 30 Prozent Ökolandbau inklusive der nötigen Vermarktungsstrukturen.

**FDP:** Wie groß die Fläche für Ökolandbau ist, sollte der Markt entscheiden. Ich halte nichts von Kommandowirtschaft. Wenn es viele Konsumenten gibt, die freiwillig bereit sind, für Bio-Lebensmittel zu bezahlen ist das in Ordnung und wenn Landwirt freiwillig auf Ökolandwirtschaft umstellen wollen, ebenso. Es ist aber nicht Aufgabe der Politik, den Bürgern und den Bauern Vorschriften zu machen und Ökolandwirtschaft durch Zwang oder Subventionen durchzusetzen.

**Linke:** Ja, 30% plus x.

**FW:** Der Staat ist weder der bessere Unternehmer noch der bessere Landwirt. Den Landwirten, die auch Unternehmer sind, muss die Freiheit verbleiben, zu entscheiden, ob sie konventionelle oder ökologische Landwirtschaft betreiben wollen. Ökologische Landwirtschaft rentiert sich dann, wenn es dem besseren Absatz dient. Dieser hat sich trotz der bereits durchgeführten Maßnahmen wie Empfehlungen, Marketing und Aufklärung nicht durchgesetzt. Eine weitere Regulierung pro Ökolandbau würde nur dazu führen, dass Lebensmittel aus anderen Regionen Europas oder der Welt in Deutschland noch stärker vermarktet werden, die wesentlich geringere Standards haben, als die konventionelle Landwirtschaft hier bei uns. Dies kann nicht unser Ziel sein.

**ÖDP:** Das Ziel unterstütze ich.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

**Frage 7: Tierhaltung:** Sind Sie für rechtliche Mindestanforderungen für die Haltung aller Nutztierarten, also auch für Rinder und Puten?

**CSU:** Wir unterstützen unsere Landwirte bei der artgerechten Tierhaltung für mehr Tierwohl. Wir setzen uns für den Fortbestand der Kombihaltung ein, sorgen für eine verlässliche Finanzierung tierwohlgerechter Ställe und schaffen genehmigungsrechtliche Hürden ab. Verbraucher müssen klar und verbindlich über Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.

**SPD:** Ja, ich unterstütze diese Forderung, denn ich erinnere: Tierschutz hat Verfassungsrang gemäß GG Art. 20a. Der Staat muss darum endlich handeln und die rechtlichen Mindestanforderungen zur Nutztierhaltung auf alle Nutztierarten ausdehnen.

**Grüne:** Der Großteil der Landwirtinnen und Landwirte kümmern sich gut um ihre Tiere, auch bei uns im Ostallgäu. Ich bin selbst auf einem Allgäuer Milchviehbetrieb aufgewachsen und kenne die Arbeit dort. Leider gibt es jedoch deutschlandweit schwarze Schafe unter den Betrieben, die den ganzen Sektor in Verruf bringen. Daher setze ich mich dafür ein, dass wir gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten an einer zukunftsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft inklusive guter Tierhaltung sowie langfristiger Planung arbeiten, und zudem das Vollzugsdefizit bei Verstößen aufholen.

**FDP:** Es gibt bereits tierschutzrechtliche Vorgaben für rinderhaltende Betriebe. Für Kälber gibt es die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung und das Tierschutzgesetz gilt ohnehin. Wir sollten aufpassen die Tierschutzstandards in der EU nicht noch immer weiter zu erhöhen. Wir können nicht auf der einen Seite - zu Recht - das Mercosur-Freihandelsabkommen unterstützen und dann die eigenen Vorschriften weiter erhöhen. Dann greift der Verbraucher statt zu bayerischem Rindfleisch zu Fleisch aus Argentinien. Und argentinische Steaks haben auch keinen schlechten Ruf. Wer mehr Tierhaltungsvorschriften will, kann diese freiwillig einhalten. Man kann heute schon Biofleisch kaufen, bis hin zum Demeter-Standard. Viele Verbraucher unterstützen dies auch, wenn sie in einer Umfrage danach befragt werden. In den Einkaufswagen legen viele am Ende dann aber doch das günstige konventionell erzeugte Fleisch. Dies kann ich auch verstehen, denn nicht jeder kann sich Fleisch leisten, das unter strengeren Tierschutzauflagen erzeugt wurde. Deutsches Fleisch darf kein Luxusgut werden, das sich nur Wohlhabende leisten können. Und deutsche Bauern sollten nicht noch weiter bevormundet werden. Was für Rinder gilt, gilt für Puten dementsprechend.

**Linke:** Ja.

**FW:** Grundsätzlich ja. Wir müssen dabei Augenmaß halten, um nicht den Import von Tieren zu fördern, die unter wesentlich niedrigeren Standards gehalten wurden.

**ÖDP:** Ja.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

**Frage 8: Pestizide:** Der Einsatz von Pestiziden muss deutlich reduziert werden. Unterstützen Sie unsere Forderung nach Schutzgebieten ohne chemisch-synthetische Pestizide und ein Verbot im Haus- und Kleingartenbereich?

**CSU:** Wir bekennen uns zum Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel. Gleichzeitig hat sich die Bayerische Staatsregierung das Ziel gesetzt, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel bis 2028 um 50 Prozent zu halbieren. Dabei gilt Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. An diesem Weg wollen wir uns auch auf Bundesebene orientieren.

**SPD:** Ja, ich unterstütze diese Forderung. Für mich ist der Einsatz von Pestiziden im Haus- und Kleingartenbereich geradezu absurd. Generell muss der Einsatz reduziert werden.

**Grüne:** Es gibt viele unterschiedliche Schutzgebietskategorien, bei denen man je nach Kategorie abwägen muss. Ich setze mich dafür ein, dass wir den Pestizideinsatz deutlich reduzieren. Daher unterstütze ich die Bestrebungen, dass der Pestizideinsatz bis 2030 EU-weit um die Hälfte reduziert wird.

**FDP:** Ohne Pflanzenschutzmittel wäre eine moderne Landwirtschaft nicht möglich, ohne moderne Landwirtschaft könnte die Erde nicht 8 Milliarden Menschen ernähren. Ich halte daher nichts davon Pflanzenschutzmittel grundsätzlich zu verteufeln. Aber natürlich sollten sie nur im notwendigen Umfang angewendet werden. Ich bin optimistisch, dass in der modernen Landwirtschaft, die nicht ohne Drohnenkontrolle der Felder und KI-Unterstützung auskommen wird, sich die Verwendung von Pestiziden reduzieren wird. Kein Landwirt gibt freiwillig Geld aus, das nicht notwendig ist. "Schutzgebiete" wäre Symbolpolitik, die niemandem etwas bringt. Verbote für Kleinstmengenutzer entmündigen ebenso den Verbraucher ohne wirklich etwas zu verbessern. Solche Verbote bewirken eher das Gegenteil und bringen Menschen emotional gegen den Umweltschutz auf.

**Linke:** Ja.

**FW:** Ich bin nicht für Verbote, die wir nicht kontrollieren können.

**ÖDP:** Ja.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39

87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1 2025

PM 1/25/KG OAL

**Frage 9: Nationalpark:** Auch in Deutschland hat das Artensterben dramatische Ausmaße angenommen. Im Ammergebirge kann ohne Hindernisse ein Nationalpark zu 100% auf Staatsflächen umgehend eingerichtet werden. Unterstützen Sie diesen Antrag?

**CSU:** Das Ammergebirge ist mit fast 30.000 Hektar eines der größten Naturschutzgebiete Deutschlands, bedeutend in der Biodiversität und weist einen vielfältigen, zum Teil sehr alten Bergmischwaldbestand auf. Das Ammergebirge mit seiner hohen ökologischen Bedeutung gilt es auch zukünftig zu bewahren. Die Notwendigkeit eines Nationalparks sehe ich dabei nicht.

**SPD:** Als Mitglied des Fördervereins Nationalpark Ammergebirge unterstützte ich selbstverständlich die Forderung, wie auch die SPD Ostallgäu und die SPD Füssen. Auf meine Anregung hin sind wir als SPD Füssen im Austausch mit unserer umweltpolitischen Sprecherin, Anna Rasehorn, MdL, sowie den Kolleg\*innen aus Oberbayern, um die Forderung nach einem Nationalpark Ammergebirge unsererseits weiter voranzutreiben.

**Grüne:** Ich unterstütze die Bestrebungen in Bayern weitere Nationalparke wie Steigerwald und Ammergebirge auszuweisen.

**FDP:** Der Nationalpark Bayerischer Wald gilt als Erfolgsgeschichte, auch für den Fremdenverkehr. Man sollte aufpassen, Erfolgsgeschichten nicht durch inflationäre Nachahmung zunichtezumachen. Ich bin der Ansicht, dass man es bei den bestehenden 16 Nationalparks in Deutschland belassen sollte.

**Linke:** Sehr gutes Anliegen, findet meine Unterstützung.

**FW:** Wir als Freie Wähler sind gegen einen Nationalpark Ammergebirge. Die Ausweisung als Naturschutzgebiet ist ausreichend.

**ÖDP:** Ja.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39

87600 Kaufbeuren

Tel. 08341/12250

Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren

@bund-naturschutz.de

<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,

9. 1. 2025

PM 1/25/KG OAL

**Frage 10: Moorschutz:** Ein intaktes Moor ist ein wirkungsvoller CO2 Speicher. Stimmen Sie der Forderung zu, alle Moore wieder zu vernässen?

**CSU:** Moore sind unverzichtbare CO2-Senken. Wir wollen den Schutz der Moore gemeinsam mit den Grundstückseigentümern intensivieren und Anreize für Wiedervernässungsprojekte setzen. Bestes Beispiel hierfür ist die Allgäuer Moorallianz, die mit Mitteln des Bundes und des Freistaates Bayern gefördert wird.

**SPD:** Ich unterstütze diese Forderung im Grundsatz. Moore sind bedeutende Landschaften und Lebensräume, sie sind wichtige CO2-Speicher. Ihr Erhalt und die Renaturierung haben hohe Priorität für mich. Die Allgäuer Moorallianz zeigt, wie unter Einbeziehung betroffener Akteure Renaturierung gut gestaltet werden kann.

**Grüne:** Ich setze mich dafür ein, dass wir unsere Moore wiedervernässen sowie angepasste Bewirtschaftungsformen etablieren oder wiedervernässte Moore renaturieren. Was hierbei für mich zugleich absolut wichtig ist, dass wir die Landnutzenden, die Landwirtinnen sowie Landwirte und die Bevölkerung mit ins Boot holen. Sehr wirksam ist hier das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz des grügeführten Bundesumweltministeriums aus der jetzigen Legislaturperiode. Die Maßnahmen und die finanzielle Förderung müssen wir verstetigen und in den nächsten Jahren erhöhen. Dafür setze ich mich ein.

**FDP:** Es ist nichts dagegen einzuwenden, Moore wieder zu vernässen, wenn der Grundeigentümer mitspielt; man kann auch über Subventionen hierfür nachdenken. Alle Moore wieder zu vernässen, scheint mir unrealistisch und die Forderung populistisch.

**Linke:** Auf jeden Fall.

**FW:** Im Allgäu ist die Moorschutz Allianz eine tolle Institution, die auch weiterer Förderung und Ausbaues bedarf. Dies erfolgt durch die Kommunen und das bayerische Umweltministerium, welches mit Minister Thorsten Glauber von einem Freien Wähler geführt wird. Der Forderung, alle Moore wieder zu vernässen, ohne Prüfung, wo sich das Moor befindet, kann ich allerdings so pauschal nicht zustimmen.

**ÖDP:** Das bezweckte Ziel ist sicherlich richtig, allerdings nehme ich mir mit „alle“ jegliche Möglichkeit auf individuelle Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen.

**Kreisgruppe Ostallgäu**

Ludwigstr. 39  
87600 Kaufbeuren  
Tel. 08341/12250  
Fax 08341/74845

ostallgaeu-kaufbeuren  
@bund-naturschutz.de  
<https://ostallgaeu-kaufbeuren.bund-naturschutz.de/>

Kaufbeuren,  
9. 1 2025  
PM 1/25/KG OAL